

Torben Lütjen

Das Ende der Ideologien und der amerikanische Sonderweg

1. Einleitung

In den 1950er und 1960er Jahren gab es in den USA und in Westeuropa eine intensive Debatte um das »Ende der Ideologien«. Prominente Sozialwissenschaftler wie Raymond Aron, Daniel Bell oder Seymour Martin Lipset glaubten die westliche Welt am Ende eines von vielen Irrwegen geprägten Entwicklungspfades angelangt, der den endgültigen Abschied von den verhängnisvollen Erlösungsbotschaften bedeute, die die Welt im 19. und 20. Jahrhundert in Atem gehalten hatten.¹ Die wesentlichen Probleme der industriellen Revolution, meinte etwa S.M. Lipset, seien gelöst: Die Sozialisten hätten die Grundzüge der freien Marktwirtschaft, die Konservativen im Gegenzug den Wohlfahrtsstaat akzeptiert.² Fortan, so Daniel Bell, der wie kein zweiter zur populären Verbreitung der These beitrug, werde es in der Politik nicht mehr um die Einlösung utopischer Zukunftsversprechen gehen, sondern um die Frage, wer für die anstehenden Probleme die praktikabelsten und technisch effizientesten Lösungen anbieten könne.³

In der Folge war es vor allem der vermeintlich unideologische und auf Expertenpolitik fixierte Stil des neuen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, in dem sich das Heraufziehen eines postideologischen Zeitalters manifestierte, und der in Europa bald zahlreiche Nachahmer fand. Doch auch andere Symptome schienen im Verlauf der 1960er die These vom Ende der Ideologien zu bestätigen: Ehemals verfeindete politische Lager hatten sich angenähert und übten sich in Konsenspolitik, die Parteiloyalitäten schwächten sich ab, und das Wahlverhalten der Bürger wurde volatiler. Für all diese Entwicklungen fand Otto Kirchheimer schließlich den prägnanten Begriff der »catch-all-party«, die sich in ihrem Bestreben um Stimmenmaximierung ihrer ideologisch starr fixierten Programmatiken entledigt hatte und sich nicht mehr an eine bestimmte soziale Klasse wandte.⁴

Ein paar Jahre später sprach niemand mehr vom Ende der Ideologien. Selten schien sich eine solche Vielzahl von klugen Köpfen so gründlich geirrt zu haben.

- 1 Vgl. Raymond Aron, *Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung*, Köln 1957; Seymour Martin Lipset, *Political Man*, New York 1960; Daniel Bell, *The End of Ideology – On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, New York 1960.
- 2 Vgl. Lipset, *Political Man*, aaO. (FN 1) insbesondere S. 406.
- 3 Vgl. Bell, *The End of Ideology*, aaO. (FN 1)
- 4 Vgl. Otto Kirchheimer, »The Transformation of the Western European Party Systems«, in: Joseph Lapalombara und Myron Weiner (Hg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966.

Als sich in Folge der Studentenunruhen der 1960er Jahre die politischen Lager re-fundamentalisieren, galt die These als gründlich widerlegt, und ihre früheren Propagandisten mussten einigen Spott und Hohn über sich ergehen lassen, wozu nicht zuletzt der Vorwurf zählte, ihrerseits eine Ideologie reinsten Wassers produziert zu haben.⁵

Vermutlich ist die Widerlegung, ja der blamable Irrtum früherer Entideologisierungsthesen⁶, einer der Gründe dafür, warum fortan keine vollmundigen Ankündigungen über das Ende der Ideologien mehr zu hören waren – und das obgleich viele Indikatoren zu Beginn des 21. Jahrhunderts in eine ähnliche Richtung wie Mitte der 1960er Jahre zeigen. Schließlich beschäftigt sich die international vergleichende Parteienforschung mit kaum etwas anderem so intensiv wie mit dem Abnehmen der Parteibindungen, dem sogenannten *dealignment* also, mit der programmatischen Annäherung der Volksparteien und dem »race to the center« und schließlich mit der abnehmenden Fähigkeit der Wähler zur ideologischen Selbsteinordnung.⁷ Und doch gibt es in der Sozialwissenschaft – ganz anders als in den 1960er Jahren – kaum eine theoretische Auseinandersetzung darüber, ob diese Entwicklungen tatsächlich auf ein Ende der Ideologien schließen lassen, was dann die tiefer liegenden sozialen und kulturellen Gründe dafür wären, und ob ein solcher Zustand eine gewisse Finalität mit sich bringt. Dass das Zeitalter der Ideologien sich seinem Ende zuneigt, die »großen Erzählungen« verschwunden sind, diese Behauptung findet man lediglich en passant in den Feuilletons, dort jedoch in schöner und regelmäßiger Wiederholung, vom politischen Tageskommentar über den jährlichen Documenta-Bericht bis zur Literaturkritik.

Problematisch ist fraglos die ungeheure Unschärfe des Begriffes Ideologie, der wie viele Termini, die auch in der Alltagssprache Platz finden, auf alle möglichen Phänomene angewandt wird und der in diesem Fall auch noch normativ stark aufgeladen ist.⁸ Wenn hier im folgenden also Überlegungen dazu angestellt werden sollen, wie aktuell die Frage nach dem Ende der Ideologien ist, so muss ein erstes Ziel darin bestehen, den Begriff zumindest teilweise von dieser Unschärfe zu befreien und ihn operationalisierbar zu machen. Erst dadurch wird eine Inspektionsreise in das Terrain einer womöglich postideologischen Gegenwart möglich. Am Ende wird dabei deutlich werden, dass von einem einheitlichen Entwicklungspfad westlicher Gesellschaften freilich keine Rede sein kann. Denn während die Länder Westeuro-

5 Vgl. hierfür vor allem die teils polemischen Beiträge in Chaim Waxman (Hg.), *The End of Ideology Debate*, New York 1968.

6 Für einen Überblick vergleiche Wolfram Burisch, *Ideologie und Sachzwang: die Entideologisierungsthese in neueren Gesellschaftstheorien*, Tübingen 1968.

7 Zu den umfassendsten Arbeiten aus komparatistischer Perspektive zählen weiterhin: Russel Dalton und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford 2000; Peter Mair, *Party System Change*, Oxford 1997; Mark Franklin, Tom Mackie und Henry Valen (Hg.), *Electoral Change. Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*, Cambridge 1992.

8 So hat Terry Eagleton gleich 16 verschiedene Bedeutungen des Ideologie-Begriffes aufgelistet. Vgl. Terry Eagleton, *Ideology. An Introduction*, London 1991, S. 1-2.

pas, ganz im Einklang mit den gängigen Modernisierungs- und Individualisierungstheorien und der postmodernen Ankündigung vom »Ende der großen Erzählung«, tatsächlich einem postideologischen Zeitalter entgegenzusteuern scheinen, bewegen sich die USA derzeit in eine gänzlich andere Richtung.

2. Ideologie und Moderne

Nun mag es nicht nur an der Widerlegung früherer Entideologisierungspromissionen liegen, dass es ein systematisches Nachdenken über ein Ende der Ideologie nicht gibt. Es existieren durchaus einige nachdenkenswerte Argumente, die besagen, dass unideologisches Denken schlicht unmöglich ist. Eines der eingängigsten lautet, dass, wo von *Entideologisierung* gesprochen wird, es sich tatsächlich um *Ideologiekonvergenz* handelt.⁹ Dass nicht nur der Neoliberalismus, sondern mit ihm die gesamte Globalisierungsrhetorik lediglich die derzeit dominante Ideologie ist, der sich bis hin zur Sozialdemokratie fast alle Parteien gebeugt hätten, gehört zur Lieblingskritik all jener, die den berüchtigten »Sachzwang« als besonders perfide Ausgeburt der Herrschaftsstrategien des Kapitals zu demaskieren versuchen.¹⁰ In der Tat muss weitgehender Konsens zwischen den politischen Lagern noch nicht automatisch den Eintritt ins postideologische Zeitalter signalisieren. Als *doxa* hat Pierre Bourdieu jenen Vorgang bezeichnet, in der es einer dominanten und sehr wohl interessegeleiteten Denkweise gelingt, zum natürlichen und nicht mehr weiter hinterfragten *common sense* einer Gesellschaft zu avancieren.¹¹

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass das Ende der Ideologien gleichbedeutend mit dem Ende der Politik wäre, da sich jede politische Entscheidung stets durch übergeordnete Prinzipien und Leitideen begründet und legitimiert.¹² Und schließlich, so ein hiermit verbundenes Argument, gehöre das Bedürfnis des Menschen nach Sinn und Orientierung zu den anthropologischen Grundkonstanten seiner Existenz, ist ihm praktisch die Ideologie das, was den Tieren die Instinkte sind: ein Gedankensystem, das ihm das Überleben und das Zurechtfinden in der Welt überhaupt erst ermöglicht.¹³

- 9 Vgl. Martin Seeliger, *Ideology and Politics*, London 1976, S. 241-248; ebenso Michael Freeden, »Editorial: Political Ideology at Century's End«, in: *Journal of Political Ideologies* (2000), 5(1), S. 5-15, hier S. 5f.
- 10 Vgl. als neue und besonders populäre Variante: Albrecht Müller, *Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren*, München 2004.
- 11 Vgl. Pierre Bourdieu, »Doxa, Orthodoxy, Heterodoxy«, in: Ders., *Outline of a Theory of Practice*, Cambridge 1977.
- 12 Vgl. Michael Freeden, »Confronting the Chimera of a Post-Ideological Age«, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 2005 (2), S. 247-262; allgemeiner: Joseph Gabel, »Is Nonideological Thought Possible?«, in Nico Stehr und Volker Meja (Hg.): *Society and Knowledge. Comparative Perspectives in the Sociology of Knowledge*, New Brunswick 1984, S. 25-33.
- 13 Vgl. Eugen Lemberg, *Anthropologie der ideologischen Systeme*, Frankfurt a. Main 1977.

Indes: wie so häufig hängt auch die Frage nach dem Ende der Ideologien davon ab, auf welchem Wege man sich dem Begriff selbst nähert. Gewiss sollte man nicht – wie dieses in den 1950er und 1960er Jahren häufig geschehen ist – ausschließlich an die totalitären Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts denken. Ideologien können sehr viel flexibler, moderater, ja auch das: demokratischer angelegt sein. Ebenfalls aber verfehlt man den Gegenstand, wenn man jeden Gedanken, jede Tat als Ausfluss ideologischen Denkens interpretiert, wie dies die Marxisten der Althusser-Schule in den 70er Jahren taten, womit sie den Begriff bis zu seiner Unbrauchbarkeit strapazierten.¹⁴ Man muss den Begriff daher wieder spezifisch machen, und das lohnt sich, denn es steckt eine wirkliche Entdeckung in ihm. Das Wort Ideologie hat nämlich ein ganz konkreten Entstehungskontext und bezeichnet damit auch Phänomene, die einer bestimmten historischen Epoche zuzuordnen sind: Ideologien sind ein durchaus typisches Produkt der Moderne. Was aber einen Anfang hat, kann logischerweise auch ein Ende haben.¹⁵

Es sind vermutlich vor allem zwei Faktoren, die das Entstehen der Ideologien ermöglicht haben. Da ist, erstens, das Janusgesicht der Französischen Revolution, dem großen »Weltlaboratorium«, in dem nicht nur der Begriff selbst entsteht, sondern auch die mächtigen Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts ihren Ursprung haben.¹⁶ Ein Zufall ist das nicht. Den *idéologues* der Revolutionszeit ging es – bevor der Begriff erst bei Napoleon, dann bei Marx seine pejorative Bedeutung erhielt und als Obstruktion der Realität galt – um eine Wissenschaft der Ideen. Dem lag die Überzeugung zu Grunde, man könnte die die menschliche Erkenntnis trübenden Faktoren durch den richtigen Gebrauch der Vernunft überwinden und damit insbesondere das politische Handeln auf die Grundlage einer objektiven Wissenschaft stellen. Für den Schöpfer des Wortes, den französischen Aufklärer Antoine Destutt de Tracy, war die Wissenschaft von den Ideen ein Teil der Zoologie, ein Gebiet innerhalb der umfassenderen Wissenschaft vom menschlichen Tier. Das Studium der Ideologien sollte dementsprechend ein Schritt zur Rationalisierung des Geistes sein, ihn von überkommenen Dogmen und Vorurteilen freimachen.¹⁷ Der Begriff entsteht also gleichzeitig mit der Idee eines säkularen Universalismus – einem der prototypischen Kennzeichen der Moderne mit dem Versuch, den Menschen zum Herren der bewussten und planvollen Umgestaltung der Welt zu machen.¹⁸

Gleichzeitig aber, und darin verbirgt sich fraglos eine tiefe Paradoxie, signalisierte die Revolution auch in der Gestalt des Jakobinismus die Umwandlung weltlicher

14 Vgl. Krishan Kumar, »Ideology and Sociology: Reflections on Karl Mannheim's Ideology and Utopia«, in: *Journal of Political Ideologies* 2006, 11(2), S. 169-181.

15 Vgl. Michael Freedon, »Editorial: The ›beginning of ideology‹ thesis«, in: *Journal of Political Ideologies* (1999), 4 (1), S. 5-11.

16 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 29ff.

17 Vgl. Zur Genese und zur weiteren Entwicklung des Ideologie-Begriffes Terry Eagleton, *Ideology*, aaO. (FN 8)

18 Vgl. Reinhard Bendix, »The Age of Ideology: Persistent and Changing«, in: David E. Apter (Hg.), *Ideology and Discontent*, London 1967, S. 294-327.

Herrschaftsansprüche in quasi-religiöse Dogmen.¹⁹ Diese Kombination aus Diesseitsorientierung und absolutem Wahrheitsanspruch schuf schließlich die bekannten säkularen Glaubenssysteme: Nationalismus, Liberalismus, Sozialismus, schließlich als Gegenreaktion gegen die beiden letztgenannten den Konservatismus (der freilich bisweilen eine Kombination mit traditionell-religiösen Glaubensvorstellungen einging).²⁰ Der parareligiöse Charakter all dieser Bewegungen ist jedenfalls augenscheinlich. In der Abfolge ihrer narrativen Struktur ähneln sie den monotheistischen Weltreligionen auf verblüffende Weise. Immer treffen wir zunächst auf die harmonische Gesellschaft im Urzustand, auf die der Sündenfall folgt und die Vertreibung aus dem Paradies – und schließlich die lichte Version der Zukunft, im konkreten Fall: das »Reich der Freiheit«, »das tausendjährige Reich«, die »klassenlose Gesellschaft«, in dem der Sündenfall wieder aufgehoben wird.²¹ Das alles stattete Ideologien mit Dauerhaftigkeit und Stabilität aus und war der Grund dafür, dass sie sowohl die Verfolgung ihrer Gegner als auch die Enttäuschung überwand, wenn die Voraussagen ihrer Propheten nicht eintrafen und die Ankunft im gelobten Land auf nachfolgende Generationen vertagt werden musste, weil eben »wer ein Warum zu leben hat, fast jedes Wie erträgt« (Nietzsche).²² Ideologien sind keine Instrumente der Induktion, sondern der Deduktion; gegen andere vermeintliche Wahrheiten im empirischen Gewande erweisen sie sich daher als erstaunlich resistent.

Eine zweite Voraussetzung für das Entstehen der Ideologien ist untrennbar mit der Entstehung moderner Massengesellschaften verknüpft. Zum einen, weil sie Gefühle von Anonymität und Entfremdung hervorgerufen, den Einzelnen vor allem im Arbeitsprozess auf formale Funktionen festgelegt und ihn damit in die Erfahrungsleere entlassen haben.²³ Mit unverkennbar nostalgischem Unterton, doch deswegen nicht weniger prägnant, hat das der konservative Soziologe Hans Freyer schon in den 1950er Jahren auf den Punkt gebracht: »Schuhe herstellen vom Leder an oder zur See fahren, das ergibt eine ganze Weltanschauung; die bäuerliche Arbeit des Jahres und die Aufzucht von Jungvieh erst recht. Aber in einem Abzahlungsgeschäft die Mahnkartei von A bis F führen – dabei wächst keine konkrete Erfahrung an, aus der die Urteilskraft gespeist würde.«²⁴ Es ist diese Erfahrungsleere, in der die

19 Vgl. Karl Löwenstein, »Über das Verhältnis von Politischen Ideologien und Politischen Institutionen«, in: *Zeitschrift für Politik*, 1955, Jg. 2(3), S. 191–210, hier S. 201.

20 Allerdings vermag sich selbst der Konservatismus nicht den durch die französische Revolution vorgegeben Denkstrukturen von »quasi politikwissenschaftlichen Theorien der Vernunft zu widersetzen«, Bracher, *Zeit der Ideologien*, aaO. (FN 16), S. 29f.

21 Vgl. Eugen Lemberg, *Ideologie und Gesellschaft. Eine Theorie der ideologischen Systeme, ihrer Struktur und Funktion*, Stuttgart 1971, S. 96.

22 Zitiert nach Paul Watzlawick, »Bausteine ideologischer Wirklichkeiten«, in: Derselbe (Hg.), *Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu glauben wissen? Beiträge zum Konstruktivismus*, 17. Auflage, München 2004, S. 192–228, Hier: S. 195.

23 Vgl. Hans Hartwig Bohle, Wilhelm Heitmeyer, Wolfgang Kühnle, Uwe Sander, »Anomie in der modernen Gesellschaft. Bestandsaufnahme eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse«, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*, Band 1, Frankfurt a. Main 1997, S. 29–65.

24 Hans Freyer, *Theorie des Gegenwärtigen Zeitalters*, Stuttgart 1961, S. 124.

Ideologien ihren Ankerpunkt finden, indem sie ein Bild der Welt vermitteln, eine Realität verstehbar machen, die die Empirie des Alltags nicht mehr hergibt.

Doch parallel zu diesen Entfremdungsgefühlen, vermutlich auch als Reaktion auf die Anomie der modernen Gesellschaft, hat die Moderne ebenfalls gewaltige Vergemeinschaftungsleistungen vollbracht. Auch das war für die Entstehung von Ideologien unverzichtbar. Denn eine Ideologie, die kein Echo erzeugt, keine Gläubigen außerhalb einer eng umgrenzten akademischen Gemeinde findet, ist keine Ideologie, sondern politische Philosophie; es gibt den Marxismus, nicht aber (in diesem Sinne) den Platonismus. Doch erst die Moderne schuf die Kommunikationsmöglichkeiten, um die Verbreitung der Ideologie voranzutreiben. Und sie kannte, was vermutlich noch wichtiger war, das Instrument des Vereins-, Partei- und Gewerkschaftswesens, schuf damit auch im Inneren pluralistischer Gesellschaften geschlossene Kommunikationsräume – politische Lager, Milieus, Sub- und Gegenkulturen – die die Konservierung und Tradierung der verkündeten Lehre sicherstellten.

Aus diesem kurzen Abriss über die Bedingungen für die Entstehung ideologischer Systeme schält sich gleichsam eine Charakteristik ihrer wichtigsten Eigenschaften heraus. Und dabei entstehen Kriterien, die deutlich machen, dass die Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit man sinnvollerweise von einer Ideologie sprechen kann, wesentlich schwerer zu erfüllen sind, als es der inflationäre Gebrauch des Wortes glauben macht.

Erstens sollte deutlich geworden sein, dass es sich bei Ideologien um Ideen handelt, die ganz unmittelbar handlungsfokussiert sind. Die Idee muss nicht nur systematisierend arbeiten, sondern praktisch orientiert sein und zur Tat drängen. Ob es sich dabei um die Reform, die Veränderung, den Umsturz der bestehenden Ordnung oder aber um ihre Verteidigung und Erhaltung dreht, ist zunächst einmal ganz nebensächlich. Die Idee muss schon den Konnex zu einem breiteren gesellschaftlichen Bewusstsein finden, muss daher, wie intellektuell-abstrakt sie auch anfangs formuliert wurde, ihrer Struktur nach zur Massenkommunikation taugen, »from a scholarly treatise to a shout in the street.«²⁵ Doch ebenso wenig sind politische Aktionen, auch politische Bewegungen, die nicht über eine normative Leitidee verfügen, die über die Wünsche und Nöte der Tagespolitik und des Einzelfalls nicht hinausgehen, als Ideologien zu bezeichnen. Dass der Soziologe eine übergeordnete Motivations- und Wertestruktur noch in der partiellsten und temporärsten politischen Handlung hineinzuninterpretieren vermag, ist freilich eine andere Sache. Doch Ideologien kennzeichnet gerade, dass diese übergeordneten Motive für ihre Anhänger auch selbst erkennbar bleiben müssen, dass der Einzelfall mit dem Endziel verknüpft bleibt. Ideologien sind eben auch Prozesse der Selbstzuschreibung und das unterscheidet sie von den gegenwärtig so beliebten Milieuanalysen, die vor allem auf eine bestimmte Art des Lebensstils abzielen: der Kommunist wusste, dass er Kommunist war – der »Performer« weiß das nicht.

Zweitens verfügen alle Ideologien über eine »große Erzählung«. Von dem was war, bevor sie sich anschickten, ihre historische Sendung zu erfüllen, haben sie eine

25 Eagleton, *Ideology*, aaO. (FN 8), S. 48.

ebenso klare Vorstellung wie davon, wie die Welt aussehen wird, wenn dieser Auftrag einst erfüllt sein wird.²⁶ Ideologien können durchaus mehr oder weniger flexibel und elastisch sein, mehr oder weniger zum Kompromiss fähig sein. Neben alledem aber gibt es auch einen unantastbaren Wahrheitskern, der nicht in Frage gestellt werden darf. Bisweilen ist es sogar die Selbstgewissheit des geistigen und moralischen Standpunktes, der die Flexibilität ermöglicht, das Bewusstsein, dass das eigene Projekt die Logik der Geschichte auf seiner Seite hat. In der Weimarer Republik waren keine Parteien koalitionsfähiger als das Zentrum und die SPD, und beide trotzten den Stürmen jener Jahre vergleichsweise gut. Sie konnten ihren Anhängern nämlich auch deswegen manch schmerzhaften Kompromiss zumuten, weil sie über Loyalitätsreserven verfügten, die durch die Bindung an eine große Erzählung gewährleistet wurden und damit Ziele in Aussicht stellten, die über manch müheseligen Umweg am Ende doch erreicht werden konnten. Ganz anders erging es da den liberalen Parteien des Bürgertums, die über all dies nicht verfügten, reine Interessenparteien waren und daher in den Krisen der 1930er Jahre sang- und klanglos untergingen.²⁷

Drittens schließlich sind dauerhafte, stabile und damit im funktionalen Sinne erfolgreiche Ideologien zwar ihrem Ziel nach politisch. Überdies aber schaffen sie bewusst oder unbewusst auch Verhaltensnormen, die einerseits darüber hinausgehen und gleichzeitig eine Ebene tiefer ansetzen – sie bestimmen nämlich auch den Lebensalltag des Einzelnen. Die großen Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts boten ihren Anhängern »Anleitungen zur Lebensweise«, die auch etwas darüber aussagten, wie man sich zu kleiden, seine Freizeit zu verbringen, seine Kinder zu erziehen und sozialen Umgang auch außerhalb des beruflichen Umfeldes zu pflegen hatte. Möglich war ihnen das, weil sie eben durch ein dicht geknüpftes Organisationsnetz die Verbindlichkeit ihrer Normen sicherstellen und sozial kontrollieren konnten. »Angehörige unterschiedlicher Milieus«, so Karl Rohe mit Blick auf die segmentierte deutsche Gesellschaft zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, »denken nicht nur anders, sie leben tatsächlich anders. Ihr Tag ist anders strukturiert, folgt einem jeweils anderen Rhythmus und anderen Mustern.«²⁸ Habituell waren die Anhänger der verschiedenen soziokulturellen Milieus daher leicht voneinander zu scheiden. Das sorgte nicht nur für die Aufrechterhaltung der eigenen Identität, sondern erleichterte auch die Abgrenzung von Menschen mit anderen, konkurrierenden Weltentwürfen.

26 Vgl. Lemberg, *Ideologie und Gesellschaft*, aaO. (FN 21), S. 96ff.

27 Vgl. Peter Lösche und Franz Walter, »Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2000 (26). H. 3, S. 471-492.

28 Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt a. Main 1992, S. 19.

3. Das Verschwinden der Ideologien in der Gesellschaft der Individuen

Man wird diesen Katalog anlegen und dabei Ideologien als historische Phänomene verstehen müssen, die ihre Existenz sehr spezifischen Entstehungsbedingungen verdanken, wenn man schließlich die Frage beantworten will, ob es tatsächlich so etwas wie eine Tendenz zur Entideologisierung oder gar ein Ende der Ideologien gibt. Aus dieser Perspektive aber könnte die Interpretation der gegenwärtigen Situation als einem postideologischen Zeitalter durchaus sinnvoll sein.

Die Träger und Verbreiter der Ideologien waren in Europa die Weltanschauungs- und Massenintegrationsparteien, wie sie im 19. Jahrhundert entstanden waren.²⁹ Sie waren die länderspezifischen Produkte jeweils sehr ähnlicher Konfliktlagen, die sich aus dem Zusammenspiel von ökonomischer und kultureller Modernisierung, von industrieller Revolution und moderner Nationenwerdung ergaben.³⁰ Bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts integrierten sie einen Großteil der jeweiligen Bevölkerungen. An ihren Niedergang lässt sich auch das Schicksal der Ideologien ablesen. Denn heute ist es nur noch eine verschwindende Minderheit, die sich als dezidierte Sozialisten, kämpferische Liberale oder strenggläubige Konservative versteht. Die Parteien, die traditionell als Träger dieser Ideologien firmierten, haben sich fast überall in West-Europa programmatisch angenährt.³¹ Eine Zukunft, die radikal anders, oder doch zumindest wesentlich besser ist, als das, was die Gegenwart zu bieten hätte, können sie nicht mehr in Aussicht stellen. Wenig verwunderlich ist daher, dass die Zahl der Wechselwähler kontinuierlich steigt, die Parteiidentifikation hingegen signifikant sinkt³²: Wo die transzendenten Ziele fehlen, bleibt nur die Erfüllung der politischen Versprechen der unmittelbaren Gegenwart; wo dieses enttäuscht wird (was meistens der Fall ist), folgt die elektorale Abstrafung auf dem Fuße.

An die Stelle der alten Weltanschauungsparteien ist nichts Gleichwertiges getreten. So wird bisweilen auf den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien seit den 1980er Jahren verwiesen, die den Grundkonsens der etablierten Parteien in vielen Ländern Europas in Frage stellten. Doch die Ideologiekriterien erfüllt dieser in seinen Stilmitteln fraglos neue Parteytypus nicht. In ihrer Themenwahl sind die als populistisch deklarierten Parteien jedenfalls äußerst erratisch, episodisch und sprunghaft.³³ Thematisiert wird jeweils das, was in einer gegebenen Situation als gerade skandalisierungsfähig erscheint oder besonders gut vorhandene Ressentiments be-

29 Vgl. Karl Löwenstein, »Über die Verbreitung der politischen Ideologien«, in: *Zeitschrift für Politik*, Heft 3 1956, S. 193-2206, insbesondere S. 199.

30 Vgl. grundlegend Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York 1967.

31 Vgl. die Beiträge in Jacques Thomassen, *The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies*, Oxford 2005; Klaus von Beyme, *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden 2000, S. 93-95. Als einzige Ausnahmen in Westeuropa benennt von Beyme Dänemark und Irland

32 Vgl. Dalton und Wattenberg, *Parties without partisans*, aaO. (FN 7); Mair, *Party System Change*, aaO. (FN 7)

33 Vgl. Paul Taggart, *Populism*, Buckingham 2000.

dienen kann. Auch sind die Grenzen zwischen Rechts- und Linkspopulismus bisweilen nur schwer zu ziehen. Einziger gemeinsamer Nenner der als populistisch etikettierten Parteien – und das ist ein denkbar kleiner – ist die vermeintliche Dichotomie zwischen dem anständigen Volk und den korrupten oder dekadenten Eliten.³⁴ Doch was soll unter diesen Umständen passieren, wenn die Wortführer des Populismus selber an der Macht sind? Mit welchem Programm sollen die Übel aus der Welt geschafft werden? Wie wird verhindert, dass die politischen Führer, nun selbst Elite, sich nicht ebenfalls vom Volk abwenden, wo doch dieses fast wie ein Naturgesetz erscheint? Der Populismus gibt auf all dieses keine Antwort, da er eben kein Projekt einer künftigen und besseren Gesellschaft hat; er hat keine Erzählung. Eine Ideologie ohne ein Projekt ist jedoch ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich.³⁵ Statt um eine neue Ideologie, handelt es sich beim Rechtspopulismus wohl eher um die Folge der Entideologisierung.³⁶ Denn er punktet vor allem dort, wo gesellschaftliche Modernisierungsprozesse Hohlräume und Brachflächen hinterlassen haben, bei den sogenannten »Modernisierungsverlierern« eben, die ihn als Ventil nutzen, um ihrem Unmut über die etablierten Parteien und der durch sie geschaffenen herrschenden Verhältnisse Luft zu machen. In ihrem Wahlverhalten sind diese äußerst volatil, wechseln munter vom linken zum rechten Populismus und bisweilen auch zurück in den Schoß der Volksparteien.

Man könnte das alles weiter ausführen, etwa an den Alternativbewegungen der 1970er Jahre, aus denen die Grünen Parteien hervorgingen, und die nach kurzer Blüte mittlerweile thematisch enteignet sind und deren Rituale und Symbole unauflöslich in den gesellschaftlichen Mainstream eingegangen sind. An der entscheidenden Beobachtung würde sich nichts ändern: Es ist weit und breit keine politische Bewegung in Westeuropa in Sicht, die auch nur annähernd Ähnlichkeit mit den machtvollen Ideologien und der durch sie getragenen Massenintegrationsparteien des 19. und 20. Jahrhunderts besitzt. Sind die Voraussagen der Entideologisierungspropheten der 1960er Jahre mit etwas Verspätung also doch in Erfüllung gegangen?

Jedenfalls wäre das Ende der Ideologien im Lichte der in den Sozialwissenschaften derzeit dominanten Modernisierungs- und Individualisierungstheorien durchaus logisch. Ohne als solche zu firmieren, könnte man sie als die Entideologisierungstheorien der Gegenwart bezeichnen. Mit ihrer Hilfe ließe sich durchaus überzeugend erklären, wie alle drei Voraussetzungen für die Entstehung und die Persistenz von Ideologien – die Einheit von Idee und Aktion, das Vorhandensein einer geschlossenen Erzählung, die Verbindung der Ideologien mit einer spezifischen Lebensweise – ins Rutschen geraten sind.

34 Vgl. Lars Rensmann, »Populismus und Ideologie«, in: Frank Decker (Hg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 59–80, hier: S. 63. Hier allerdings wird abweichend die Ansicht vertreten, dass es sich beim Populismus sehr wohl um eine Ideologie handelt.

35 Vgl. Zygmunt Bauman, *In Search of Politics*, Cambridge 1999, S. 125.

36 Vgl. Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York 1994, S. 107f.

Beginnen wir dieses Mal mit dem dritten Punkt: Der Einbettung von Ideologien in ein spezifisches soziokulturelles Umfeld, das wiederum sehr spezifische Lebensweisen und jeweils klar unterscheidbare habituelle Abgrenzungen hervorgebracht hat. Doch diese soziokulturell eigenständigen Räume mit ihrer beispiellos hohen Kommunikationsdichte, die Milieus, Sub- und Gegenkulturen, sind überall in Europa weitgehend erodiert. Das hat weniger damit zu tun, dass sich die konstituierenden Konflikte, durch die ihre Angehörigen in die Parallelwelt eines eigenen Organisationsnetzwerkes getrieben wurden, mittlerweile aufgelöst haben. Das katholische und das Arbeitermilieu haben etwa in Deutschland auch fast über 100 Jahre nach Kulturkampf und Sozialistengesetz ihre Stabilität bewahren können. Entscheidender als der äußere Feind, der abhanden gekommen ist, waren die Tendenzen, die die Milieus von innen aufgelöst haben. Während die Arbeitermilieus vor allem durch die Auflösung industriegesellschaftlicher Strukturen bedroht wurden, war es im Fall der katholischen bzw. konservativen Milieus vor allem die wachsende Mobilität, die insbesondere seit den 1960er Jahren die Bindungen jüngerer Alterskohorten an ihr Herkunftsmilieu abschwächte. Alle Milieus gleichermaßen betroffen hat schließlich die Ausbreitung der Massenmedien, die jedem noch so abgeschotteten Milieu ein »Fenster in die Welt« öffneten und zuvor nicht hinterfragte Lebensmuster relativierten.³⁷ All diese Individualisierungsprozesse sind mittlerweile so eingängig, dass sie hier nicht weiter erläutert werden müssen.³⁸ Wichtig ist jedoch, dass diese sozialen Entflechtungsprozesse auch die beiden anderen klassischen Grundvoraussetzungen von Ideologien destabilisiert haben.

Die Ideen, aus denen im 19. Jahrhundert Ideologien wurden, waren zunächst relativ abstrakte Gedankensysteme, die grundsätzliche und umfassende Realitätszuschreibungen der Welt enthielten. Entscheidend war der Punkt, an dem sie handlungsanleitend wurden und damit in die politische Aktion übergingen. Das aber setzte zunächst einmal voraus, dass der Einzelne die Kongruenz seiner persönlichen Lebenslage mit den Anliegen der politischen Idee akzeptierte, er also realisierte, dass sein individuelles Schicksal in Wahrheit Massenschicksal war. In der »flüchtigen Moderne«³⁹ aber verschwinden die kommunikativen Muster und Strukturen der Handlungskoordination, die den individuellen Lebensplan an kollektives politisches Handeln binden. In Gesellschaften, die sich der Maxime der persönlichen Lebensverwirklichung und Lebensführung verschrieben haben, werden auch gesellschaftlich bedingte Widersprüche und Widerstände biographisch zu lösen versucht. Besser als Zygmunt Bauman kann man es kaum auf den Punkt bringen: »Vielleicht sollte man sich wie früher unterhaken und losmarschieren, vielleicht verdichten sich die individuellen Kräfte, wie schwach sie als vereinzelt auch sein mögen, zu einer kollektiven Kraft, von der niemand zu träumen gewagt hätte, vielleicht... Doch die

37 Vgl. Uwe Sander und Dorothee M. Meister, »Medien und Anomie. Zum relationalen Charakter von Medien in modernen Gesellschaften«, in: Heitmeyer (Hg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander?*, aaO. (FN 23.), S. 196-241, hier: S. 227.

38 Vgl. bereits Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. Main 1986.

39 Vgl. Zygmunt Baumann, *Flüchtige Moderne*, Frankfurt a. Main 2003.

Sache hat einen Haken: Die Koordination und Bündelung individueller Beschwerden zu gemeinsamen Interessen und ihre Überführung in gemeinsames Handeln ist eine entmutigende Aufgabe, da sich die häufigsten Probleme, mit denen die Schicksals-Individualisten konfrontiert sind, *nicht addieren lassen*. Sie eignen sich nicht für ein ›Aufrechnen‹ zum gemeinsamen ›Anliegen‹. Man mag sie nebeneinander stellen, aber sie verschmelzen nicht. Ihnen fehlt von Anbeginn die Schnittstelle, um das Problem des einen in jenem des anderen wiedererkennen zu können.⁴⁰

Nun mag man einwenden, dass einige Erscheinungsformen politischer Partizipation in den letzten drei Jahrzehnten keineswegs vollständig erlahmt sind. Ganz im Gegenteil sind manche Arten unkonventionellen, politischen Protests sogar angewachsen.⁴¹ So gesehen findet das »Unterhaken«, von dem Bauman spricht, noch immer statt. Verändert aber hat sich, dass all diese Formen politischer Beteiligung stark episodischen und in der Artikulation ihrer Anliegen partikularen und damit heterogenen Charakter besitzen. Was fehlt, sind in der Tat die »großen Erzählungen«, die die disparaten Lebenserfahrungen der entbetteten Individuen zusammenfügen würden, um aus spontan entflammter Empörung eine wirklich dauerhafte politische Lösung zu schmieden. Doch Erzählungen leben davon, dass sie ein relativ klar kalkuliertes Ende haben. Die Ideologien des 19. Jahrhunderts hatten gemein, dass sie sich das Ende der als Veränderungsprozess verstandenen Geschichte ausmalten. In dieser vollkommenen Welt würde das erworbene Wissen auch morgen und übermorgen seine Gütigkeit besitzen, die erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten auf immer ihren Nutzen behalten.

In einer Welt aber, in der vor allem die Medien die essentielle Unbestimmtheit und formbare Weichheit der Welt verkünden, und in der das Wissen über die Welt sich umgekehrt proportional zu dem entwickelt hat, was der Einzelne über die Welt zu wissen glaubt, gibt es nur noch sehr wenig, dessen Ausgang als sicher gelten könnte. »Nichts lässt sich mit Sicherheit wissen, und alles, was man weiß, lässt sich auch anders wissen – eine Art des Wissens ist so gut oder so schlecht (und ganz gewiß so unbeständig und fragwürdig) wie jede andere. Wo man einst Gewissheit suchte, wird nun gewettet«⁴² – so in etwa lässt sich die Kontingenzerfahrung der Postmoderne beschreiben.

Es ist daher nicht der Mangel an Sinnangeboten oder Orientierungsmustern, der es dem Einzelnen so schwer macht, eine kohärente Weltanschauung zu entwickeln. Im Gegenteil wird er durch eine Vielzahl von disparaten sozialen Beziehungen, Gruppierungen und Kulturen mit jeweils unterschiedlichen und nicht aufeinander abgestimmten Deutungsmustern und Handlungsschemata konfrontiert. Gewiss muss er sich dabei bisweilen zwischen konkurrierenden Sinnsystemen entscheiden – dauerhaft zu binden braucht er sich jedoch nicht, und die zersprungene Einheit der Welt ließe solcherlei auch kaum ratsam erscheinen. Und so, schreibt etwa Ulrich

40 Ebd., S. 46f.

41 Vgl. Russell J. Dalton, *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Countries*, New York 2006; vgl. auch die Beiträge in Pippa Norris, *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Oxford 1999.

42 Vgl. Zygmunt Bauman, *Unbehagen in der Postmoderne*, Hamburg 1999, S. 48.

Beck, entsteht durch die Individualisierung politischer Konflikte und Interessen »ein widersprüchliches Vielingagement, dass die klassischen Pole des politischen Spektrums mischt, kombiniert, so dass jede(r) – zu Ende gedacht – zugleich rechts und links, radikal und konservativ, demokratisch und undemokratisch (...) sein kann. (...) Die gängigen Politikkoordinaten – rechts und links, konservativ und sozialistisch, Rückzug und Teilhabe – stimmen und greifen nicht mehr.«⁴³ Das alles bedeutete natürlich nicht das Ende der Politik. Aber fast zwangsläufig erscheint nach dieser Lesart das Verschwinden der Ideologien als Phänomene, die Langfristigkeit, Kontinuität, Eindeutigkeit und bisweilen auch das Nichthinterfragen von Autorität verlangen.

4. Nachzügler oder Vorreiter? Die Ideologisierung von Politik und Gesellschaft in den USA

Aus dieser Perspektive ließen sich Ideologien tatsächlich eher als historische Phänomene einordnen, die ihre ersten Wurzeln im 18. Jahrhundert schlugen, vom Ende des 19. Jahrhunderts bis etwa in die Mitte des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erlebten, um seitdem sanft dahinzuscheiden, bis schließlich in der Gegenwart nur noch Reminiszenzen übrig geblieben sind: ein typisches Produkt der »klassischen Moderne«, dass sich im Zeitalter der »reflexiven Moderne« oder »Postmoderne« zunehmend verflüchtigt hat.

Doch was so zwangsläufig erscheint, ist in Wahrheit eben doch komplizierter. Denn wenn hier ohnehin nur von den Gesellschaften des Westens geschrieben wurde, so ist bereits innerhalb dieser Gruppe eine Einschränkung zu machen: Ausgerechnet in dem Land, von dem üblicherweise angenommen wird, dass es auf dem Entwicklungspfad moderner Gesellschaften stets ein paar Schritte Vorsprung genießt, scheint vieles ganz anders zu sein. Die Rede ist von den Vereinigten Staaten.

Lange hat Konsens darüber geherrscht, dass die USA eine vergleichsweise pragmatische politische Kultur haben und daher die politischen Parteien sich in ihrer weltanschaulichen Positionen nur unwesentlich voneinander unterschieden. Wenn von Ideologie im Kontext der USA die Rede war, so war damit *die* amerikanische Ideologie gemeint, die in einer in ethnischer und religiöser Hinsicht segmentierten Gesellschaft dennoch die notwendige Integration gewährleistete.⁴⁴ Natürlich ist die amerikanische Geschichte nicht weniger konfliktreich gewesen als dies andernorts der Fall war. Was die USA exzeptionell machte, war, dass sie, anders als die europäischen Gesellschaften, selten scharfe ideologischen Antagonismen kannte, keine markant voneinander abgegrenzten, geschlossen-apodiktische Lehrgebäude, die um die Durchsetzung ihrer jeweils absoluten Wahrheitsansprüche wetteiferten. Als Paradebeispiel gilt bis heute die praktische Nicht-Existenz einer sozialistischen Bewegung, die schon Engels verwunderte, Trotzki und Lenin tief besorgt machte und da-

43 Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt a. Main 1997, S. 161.

44 Vgl. vor allem Seymour Martin Lipset, *American Exceptionalism: A Double-Edged Sword*, New York 1996, S. 31-50.

nach von Werner Sombart bis Seymour Martin Lipset ganze Generationen von Sozialwissenschaftlern beschäftigt hat.⁴⁵ Nur für kurze Phasen nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, etwa in den Modernisierungskrisen der 1890er Jahre und dann während des New Deal Roosevelts, trugen die Auseinandersetzungen in der amerikanischen Innenpolitik fundamentalen Charakter.⁴⁶ Davon abgesehen waren die Konturen der politischen Auseinandersetzungen wesentlich unschärfer, die Konflikte moderater als dies in Europa der Fall war. Wenig verwunderlich daher, dass vermeintliche Entideologisierungstendenzen in Europa fast immer auch als »Amerikanisierung« aufgefasst wurden.⁴⁷

Wenn Amerika aber noch immer der Spiegel sein sollte, in dem andere moderne, liberal-kapitalistisch verfasste Gesellschaften ihre Zukunft erkennen können, so dürften die USA dieses Mal eine gänzlich andere politische Kultur exportieren. Über ein »Ende der Ideologien« überhaupt zu spekulieren, käme einem Amerikaner vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse in den USA vermutlich ausgesprochen merkwürdig vor. Während etwa in den Leitartikeln und den Feuilletons deutscher Zeitungen periodisch immer wieder das Fehlen markanter Alternativen zur Tagespolitik und die Gleichförmigkeit der Parteien beklagt und bemängelt wird,⁴⁸ erklären die Kommentatoren und Publizisten in den USA ihr Land zum Schauplatz eines erbitterten *Culture War*, in dem sich zwei antagonistische Lager in tiefsten Misstrauen gegenüber stehen und dabei die Realität jeweils diametral unterschiedlich wahrnehmen.⁴⁹

Nun kann man derlei populäre Gegenwartsbeschreibungen zumindest zum Teil durchaus mit den Mitteln der modernen Wahlforschung empirisch nachweisen. Da-

- 45 Vgl. Seymour Martin Lipset und Garry Marks, *It Didn't Happen Here: Why Socialism Failed in the United States*, New York 2000.
- 46 Vgl. für einen Überblick über die verschiedenen Phasen der Polarisierung zwischen Demokraten und Republikaner David W. Brady und Hahrie C. Han, »Polarization Then and Now: A Historical Perspective«, in: Pietro S. Nivola und David W. Brady (Hg.), *Red and Blue Nation? Characteristics and Causes of America's Polarized Politics*, Baltimore 2006, S. 119-174.
- 47 Auf die Anziehungskraft des technokratischen Stils John F. Kennedys wurde bereits hingewiesen. Eine ähnliche Diskussion über Entideologisierung und Amerikanisierung gab es indes schon in den 1920er Jahren, vgl. dafür Charles Maier, »Between Taylorism and Technocracy: European Ideologies and the Vision of Industrial Productivity in the 1920s« in: *Journal of Contemporary History* Vol. 5 (1970), Band 2, S. 27-61.
- 48 Vgl. für ein durchaus typisches Beispiel aus jüngster Zeit den Leitartikel von Matthias Dobrinski in der Süddeutschen Zeitung vom 26. Mai 2007, *Politik braucht Utopien*. »Wer stramm konservative oder linke Weltbilder vertritt, erntet Lächeln«, schreibt Dobrinski. »Das Unentschiedene und Zusammengewürfelte ist das Markenzeichen der Gegenwart. (...) Christ- und Sozialdemokraten, FDP und Grüne feilen an ihren Programmschriften und suchen im Wald der Werte Bauholz für das Gerüst, dass die Tagespolitik mit ihren Kompromissen und Stellschrauben trägt.«
- 49 Den Anfang machte 1991 bereits James Davison Hunter, *Culture Wars. The Struggle to Define America*, New York 1991; es folgten in jüngerer Zeit Geoffrey Layman, *The Great Divide. Religious and Cultural Conflict in American Politics*, New York 2001; John Kenneth White, *The Values Divide: American Politics and Culture in Transition*, New York 2003.

bei ist insbesondere der Vergleich mit den Erosionstendenzen West-Europas ausgesprochen erhellend. Ob es um die Volatilität des Wahlverhaltens, die programmatische Annäherung der Parteien, die fehlende politische Selbsteinordnung der Wähler, oder um die Krisensymptome von Wahlenthaltung bzw. politischer Apathie im Allgemeinen geht: fast nichts von alledem findet seine Entsprechung in den USA.

Beginnen wir mit dem *Dealignment*, das ein erster Indikator für die Frage sein könnte, inwiefern wir es in den USA mit stabilen ideologischen Orientierungen zu tun haben. Die kritische Periode in Westeuropa sind hier die 1980er und insbesondere die 1990er Jahre, als sich die Parteibindungen rasant abzuschwächen begannen.⁵⁰ In den USA aber ist die Zahl derjenigen, die sich mehr oder minder eindeutig mit einer der beiden Parteien identifizieren, in diesen Jahrzehnten stabil geblieben und bewegte sich durchgängig oberhalb der 60%-Marke.⁵¹ Die Zahl der »strong partisans« ist sogar stetig angewachsen und erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 2004 mit 33% den höchsten Stand seit 1954.⁵² Und das alles korrelierte bei der letzten Präsidentschaftswahl nicht nur auffällig mit der höchsten Wahlbeteiligung seit 1968; überhaupt hat es seit fast 40 Jahren keine Wahl gegeben, in der sich eine so große Zahl von Amerikanern in den Wahlkampagnen der Demokraten oder Republikaner engagiert hatte wie 2004.⁵³

Ebenfalls stabil geblieben, sogar leicht angestiegen, ist in den letzten zwei Jahrzehnten die Zahl der Amerikaner, die sich auf der Liberal-Konservativ-Skala politisch eindeutig in Richtung einer der beiden Pole einordnen. Noch entscheidender aber ist, dass die Wahlentscheidung nun immer häufiger mit dieser Selbsteinordnung zusammenfällt: konservative Amerikaner wählen fast schon ausschließlich für die Republikanische Partei, sich als liberal etikettierende Wähler mit überwältigender Zahl für die Demokraten. Folglich sind auch die Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern in der Wahrnehmung der Wähler beständig gewachsen. 1966 gaben noch 56% der Amerikaner an, dass keine wesentlichen programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien existierten; 2004 war ihre Zahl auf 20% gefallen – ein zuvor nicht gemessener Wert.⁵⁴ Diese subjektive Wahrnehmung zunehmender ideologischer Unterschiede der beiden Parteien wird noch unterstützt durch die auffällige Homogenisierung im Abstimmungsverhalten im amerikanischen Kongress. Seit den frühen 1980er Jahren sind die »party unity scores« steil angestiegen, bis hin zu Werten, die fast schon Parallelen zur Fraktionsdisziplin parlamentarischer Systeme aufweisen.⁵⁵

50 Vgl. hier besonders prägnant Peter Mair, »Democracy Beyond Parties«, Center for the Study of Democracy. Working Paper 05-06. (<http://repositories.cdlib.org/csd/05-06>)

51 Vgl. Jeffrey Stonecash, *Political Parties Matter. Realignment and the Return of Partisan Voting*, Boulder 2006.

52 Vgl. auch direkt die Zahlen der National Elections Studies (NES) http://www.elections-studies.org/nesguide/toptable/tab2a_3.htm

53 Ebd.,

54 Vgl. auch William A. Galston und Pietro S. Nivola, »Delineating the problem«, aaO. (FN 46) S. 12.

55 Vgl. Jeffrey M. Stonecash, Mark D. Brewer und Mack D. Mariani, *Diverging Parties. Social Change, Realignment, and Party Polarization*, Boulder 2003; Barbara Sinclair, *Party Wars: Polarization and the Politics of National Policy Making*, Oklahoma 2006.

Am eindrucksvollsten aber ist die zunehmende Homogenisierung in der räumlichen Verteilung der Wahlerstimmen. So wird die Zahl der umkämpften Wahlkreise, bei denen die Abstände zwischen den Kandidaten bei mehr als 5% liegen, mittlerweile auf gerade noch 10% taxiert.⁵⁶ Ähnliches lässt sich bei Präsidentschaftswahlen beobachten. Im Jahre 1960, als Kennedy gegen Nixon hauchdünn gewann, lagen die Unterschiede im Wahlergebnis in 37 von 50 Bundesstaaten bei unter 5 Prozent; im Jahre 2000 – das ein ähnlich knappes Ergebnis produzierte – waren es nur noch 21 Staaten, bei denen es ähnlich eng zugeht.⁵⁷

Das ist der Hintergrund, wenn heute von den »zwei Amerikas« gesprochen wird: Wer eine Karte der USA betrachtet, auf der die Wahlerfolge der beiden großen Parteien bei Präsidentschaftswahlen eingetragen sind, der sieht ein blaues, also demokratisches Amerika an der Ost- und der Westküste, und ein rotes, sprich ein republikanisches Amerika im mittleren Westen und in den Südstaaten. Und »red-state-voters« und »blue-state voters« scheinen sich nicht nur in ihrer Sozialstruktur, in der Häufigkeit des wöchentlichen Kirchganges und der Frage, ob sie eine oder mehrere Schusswaffen besitzen, zu unterscheiden. Auch bei den kontroversen, die Nation derzeit spaltenden Themen wie der Frage der Abtreibung, sind die Unterschiede in den Ansichten teilweise gravierend und die Spaltungstendenzen unverkennbar.⁵⁸

Nun ist dieses Bild der *fifty-fifty-nation* von amerikanischen Politologen in letzter Zeit nicht unerheblich relativiert worden: Ein genauerer Blick verrät, dass es auch inmitten vermeintlich homogener Bundesstaaten eine ganze Reihe von Wahlkreisen gibt, die von der eigentlich unterlegenen Partei gehalten werden. Amerika, so etwa Morris P. Fiorina, sei daher nicht »red and blue«, sondern eher »purple«.⁵⁹ Und im Übrigen stehe noch immer eine große Zahl der US-Bürger im Amerikanischen *Culture War* auf keiner Seite der Barrikade und neige eher moderaten Positionen zu, die irgendwo zwischen den beiden Parteien angesiedelt sind. Aufrechterhalten werde die Polarisierung vor allem von den Parteiaktivsten und der politischen Klasse, die weit überdurchschnittlich zu ideologisch markanten Positionen neigen und die durch die wiederholte Neueinteilung der Wahlkreise, dem sogenannten »Gerrymandering«, künstliche Wahlhochburgen geschaffen hätten.

Aus eben diesem Grund aber sind es nicht in erster Linie die Zahlen der empirischen Einstellungs- oder Wahlforschung, die die These vom Ende der Ideologien für Amerika fraglich erscheinen lassen. Entscheidender ist in der Tat, dass die gegenwärtige Polarisierung der amerikanischen Politik zumindest auf der einen Seite des politischen Spektrums von einer Bewegung befeuert wird, die alle Kennzeichen einer Ideologie trägt, wie sie in diesem Aufsatz herausgearbeitet wurden: der amerikanische Konservatismus. In ihm verbindet sich politische Idee mit politischer Aktion, er verfügt über eine geschlossene Erzählung, deren absoluter Wahrheitsan-

56 Stonecash, *Diverging Parties*, aaO. (FN 55) S. 25.

57 Vgl. Galston und Nivola, »Delineating the Problem«, aaO. (FN 46) S. 14.

58 Vgl. Alan Abramowitz und Kyle Saunders, »Why Can't We Just All Get Along? The Reality of a Polarized America«, in: *The Forum*, Vol. 3 /2005, No 2. S. 1-21.

59 Vgl. Morris P. Fiorina, Samuel J. Abrams und Jeremy C. Pope, *Culture War? The Myth of a Polarized America*, New York 2006.

spruch aggressiv und offenkundig ist, und schließlich ist er auch mit Lebensweisen, einem ganz bestimmten *way of life*, eng verknüpft.

Gewachsen ist all das – und das ist für erfolgreiche politische Bewegungen nicht untypisch – auf dem Boden der Niederlage. Bis Mitte der 1960er Jahre galt das Wort Konservatismus in Amerika fast als Schimpfwort. »These, without doubt, are the years of the liberal. Almost everyone now so describes himself«⁶⁰, konnte John Kenneth Galbraith noch 1964 sagen, ohne dafür Widerspruch zu ernten. Durch Lyndon B. Johnsons Versprechen der »Great Society« schien sich das Land in Richtung der europäischen Wohlfahrtsstaaten zu transformieren, der Ausbau der Bürgerrechte machte stetig Fortschritte, die Waffengesetze wurden verschärft und die Liberalen propagierten die Legalisierung der Abtreibung. Wer in den USA als Konservativer bezeichnet wurde – und unter dieser Minderheit war in der Tat eine erstaunliche Anzahl von Exzentrikern –, galt als merkwürdiger Sektierer, der nicht verstanden hatte, dass die neue Zeit ohne ihn zog. Natürlich gab es in den USA der 1950er Jahre konservative Lebensweisen und Mentalitäten, vor allem im sogenannten *Flyover America* zwischen der Ost- und Westküste. Doch im intellektuellen Amerika hatte der Konservatismus keinen Rückhalt, weder an den Ivy-League-Colleges an der Ostküste, noch in den großen Zeitungen und Radiostationen des Landes, ja noch nicht einmal im politischen Washington, wo das patrizierhafte Ostküstenestablishment der Republikanischen Partei über doktrinäre Konservative die Nase rümpfte.⁶¹

In den 1960er Jahren aber wandten sich einige liberale Intellektuelle von Lyndon B. Johnsons Konzept der »Great Society« ab und wurden zu den intellektuellen Vordenkern des Neo-Konservatismus, wie etwa Irving Kristol, Daniel Bell oder Nathan Glazer. Ernüchtert über die Resultate der Reformpolitik Johnsons und erschrocken über die Militanz ihrer Studenten, die auf dem Campus amerikanische Flaggen verbrannten, verabschiedeten sie sich vom liberalen Zeitgeist der 1960er Jahre, bis sie am Ende ihrer Reise tief im konservativen Lager ankamen. Der politische Geist an den amerikanischen Eliteuniversitäten blieb links – z.T. bis zum heutigen Tage. Aber die Neokonservativen bauten dafür ihre eigenen Think Tanks und Forschungsinstitutionen auf, gründeten oder unterstützten konservative Zeitschriften, deren Auflage sich im Verlauf der 1970er Jahre rasant steigern sollte. Verstärkung erhielten sie von einer Reihe von Angebotsökonomern, deren Bücher in den 60er Jahren von den dominierenden Keynesianern fast aus den Universitätsbibliotheken aussortiert wurden, die aber bald darauf zur herrschenden Orthodoxie in den Wirtschaftswissenschaften avancierten: die sogenannten Chicago-Boys mit Milton Friedmann an der Spitze. Heute verfügt das konservative Amerika über ca. 50 Denkfabriken im ganzen Land. Und die größeren unter ihnen, wie das *Cato Institute*, die *Heritage Foundation* oder das *American Enterprise Institute*, beschäfti-

60 Zitiert nach John Micklethwait und Adrian Wooldridge, *The Right Nation. Conservative Power in America*, New York 2004, S. 9.

61 Vgl. ebd., insbesondere S. 42–62; Vgl. für die zeitgenössische Sicht der liberalen Dominanz auch Lous Wirth, *Liberal Tradition in America*, New York 1955.

gen Hunderte Mitarbeiter und verfügen über einen jährlichen Etat von mehreren Millionen Dollar, um ihre Ideen zu verbreiten. Wenn der derzeit amtierende amerikanische Präsident in Europa vor allem als impulsiver und gefühlsgeleiteter Instinktpolitiker bewertet wird, so ist das nur ein Teil der Wahrheit. Viele der großen Projekte der Bush-Administration – die massiven Steuersenkungen, die Bildungspolitik, das gesamte Konzept des *passionate conservatism* und natürlich die Idee, den mittleren Osten mit Waffengewalt zu demokratisieren – sind in den konservativen Denkfabriken des Landes lange vor seinem Amtsantritt entstanden, waren Teil eines lange vorbereiteten Masterplans.⁶²

Doch parallel zum Ausbau der Denkfabriken wurde ebenfalls eine gut organisierte und leicht mobilisierbare Massenbasis geschaffen, die die früher mächtigen Massenintegrationsparteien Westeuropas und ihre siechen Vorfeldorganisationen vor Neid erblassen lassen könnte. Anders als seine geistige Verwandtschaft in Europa, hat sich der amerikanische Konservatismus nie gescheut, eine Verbindung mit populistischen Massenbewegungen einzugehen. Unter seinem Banner sammelt sich heute eine Vielzahl von Gruppen, die in der Artikulation ihrer Anliegen durchaus heterogen sind. Da sind zum einen *anti-government conservatives*, die sich vor allem in single-issues-Bewegungen gesammelt haben, wie etwa die vier Millionen Mitglieder zählende *National Rifle Organization* oder die Vereinigung *Americans for Tax Reform*. Politisch noch bedeutsamer aber sind die Vereinigungen des *social conservatism*, wie *Focus on the Family* oder die *Christian Coalition*, die sich religiösen und kulturellen Themen verschrieben haben, insgesamt jedoch eine weitaus umfassendere Agenda propagieren. Vor allem diesen Gruppen ist es zu verdanken, dass sich der Standort der Republikanischen Partei in den letzten drei Jahrzehnten nach rechts verschoben hat, indem sie systematisch moderate Republikaner aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus aussortiert haben.⁶³ Denn da die Wahlbeteiligung bei *primaries* sehr gering ist, ist es immer häufiger der harte Kern von ideologisch festgelegten und gut organisierten Parteimitgliedern, der den Ausschlag gibt. Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 2002 übt die christliche Rechte mittlerweile in 44 von 50 Bundesstaaten einen starken oder gemäßigten Einfluss auf die lokalen Parteiorganisationen der Republikaner aus.⁶⁴

Nun darf man sich unter dem amerikanischen Konservatismus gewiss keine ähnlich zentral organisierte oder diszipliniert geführte Bewegung vorstellen, wie sie sich etwa im 19. oder 20. Jahrhundert mit der Arbeiterbewegung und den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa ausbildete. Nicht nur ist er dezentral organisiert. Auch die politischen Unterschiede sind bisweilen erheblich. Die *anti-government conservatives* mit ihren libertären Tendenzen etwa stehen jeglicher staatlichen Einmischung skeptisch gegenüber – was eben auch für die Abtreibungsfrage oder das staatlich verordnete Schulgebet angeht. Einigen streng gläubigen

62 Vgl. Micklethwait und Wooldridge, *The Right Nation*, aaO., (FN 60), S. 156f.

63 Vgl. Jacob S. Hacker und Paul Pierson, *Off Center. The Republican Revolution and the Erosion of American Democracy*. 2. Auflage, New Haven 2006.

64 Vgl. Kimberly Conger und John Green, »Spreading out and Digging in. Christian Conservatives and State Republican Parties«, in: *Campaigns and Elections*, Februar 2002.

Evangelisten bereitet hingegen die zunehmende soziale Ungleichheit in den USA durchaus Kopfzerbrechen. Und doch beweist diese durchaus bunte Koalition aus *Mainstreet-* und *Wallstreet* Amerika insbesondere in Wahlkampfzeiten immer wieder, dass sie zwar getrennt marschieren, aber vereint zuschlagen kann. Das liegt zum einen an zahlreichen personellen Verschränkungen unter ihren Führungsfiguren.⁶⁵ Entscheidender aber ist, dass die alles überwölbende Erzählung noch immer funktioniert. Diese Erzählung handelt vom angeblichen Irrweg Amerikas seit den 1960er Jahren, von einem liberalen, dekadenten Establishment, welches das Land am liebsten in den Sozialismus führen würde, deren Angehörige in den Metropolen des Landes Cafe latte trinken (was sonst nur Europäer tun) und dabei die *New York Times* lesen, das jedoch keine Ahnung hat und sich auch nicht dafür interessiert, was im Herzen der USA passiert.⁶⁶ Auch das ist übrigens für erfolgreiche politische Bewegungen durchaus charakteristisch: Sich selbst dann, wenn man längst die Meinungsführerschaft und die politische Macht errungen hat, von mächtigen Feinden umzingelt zu fühlen, als Opfer einer perfiden Verschwörung.

Die Symptome also sind eindeutig, doch die Ursachen damit noch nicht geklärt: Warum gelingt in den USA, was in Europa so offenkundig an sein Ende gekommen ist? Warum scheint sich die These vom Ende der Ideologien gerade am Beispiel der USA zu widerlegen, wo doch selbst amerikanische Sozialwissenschaftler an der Ansicht festhalten, dass Ideologien ein Symptom weniger entwickelter und modernisierter Gesellschaften seien?⁶⁷

Die Einheit von politischer Idee und politischer Aktion, das Vorhandensein einer geschlossenen Erzählung, das alles gelingt den politischen Eliten nur, weil die amerikanische Gesellschaft einen sehr viel besseren Nährboden für ganz unterschiedliche Realitätswahrnehmungen bietet. Und das liegt nur zum Teil am *American Exceptionalism*, wie er seit den Zeiten Toquevilles immer wieder bemüht wird, um die Sonderstellung der USA unter den entwickelten Industrienationen des Westens zu erklären. So spielt etwa der Faktor Geographie fraglos eine nicht zu unterschätzende Rolle – ein Land, in dem es in manchen Regionen Hunderte von Meilen zum nächsten städtischen Ballungsraum sind, bietet ungleich günstigere Bedingungen für einen kraftvollen Konservatismus. Ebenso offensichtlich ist, dass es paradoxerweise gerade die traditionelle Schwäche der amerikanischen Parteien war, die der Ideologisierung Tür und Tor geöffnet hat. Denn so konnte vor allem die Republikanische Partei von einigen wenigen fundamentalistischen Interessengruppen fast widerstandslos gekapert werden – was eigentlich im Gegensatz zu der herrschenden Ansicht steht, dass gerade die traditionelle Mitgliederpartei ideologisch markantere und homogenere Ansichten hervorbringt.⁶⁸

65 Vgl. Micklethwait und Wooldridge, *The Right Nation*, aaO. (FN 61) S. 195.

66 Vgl. die scharfe Polemik über die konservative Erzählung von Thomas Frank, *What's the Matter with Kansas? How Conservatives Won the Heart of America*, New York 2004.

67 Vgl. Russel J. Dalton, »Social Modernization and the End of Ideology Debate: Patterns of Ideological Polarization«, in: *Japanese Journal of Political Science*, 2006 (1), S. 1-22.

68 Vgl. Cees van der Eijk, Mark Franklin, Tom Mackie und Henry Valen, »Cleavages, Conflict Resolution and Democracy«, in: Franklin u.a., *Electoral Change*, aaO. (FN 7), S. 417f.

Doch in jüngster Zeit sind eine Reihe andere Faktoren hinzugekommen, die die Polarisierung und Ideologisierung der amerikanischen Gesellschaft und Politik vorangetrieben haben; und diese könnten durchaus transferfähig sein, vielleicht nur der Beginn einer Entwicklung sein, deren Auswirkungen erst in Umrissen erkennbar sind. Mit ein wenig Vorstellungskraft ließe sich sogar trefflich spekulieren, dass wir auch in Europa vielleicht bald abermals Zeuge vom Ende des Endes der Ideologien werden könnten. Denn es sind gerade, und das ist wirklich eine verblüffende Erkenntnis, gerade jene »Modernitätsbeschleuniger«, die nach allen gängigen Theorien das Ende der Ideologien einläuten sollten, die in den USA derzeit eine ganz entgegengesetzte Wirkung entfalten.

So erscheint etwa die Vorstellung, dass die Expansion und Pluralität der Massenmedien die öffentliche Debatte stärker in Richtung eines »offenen Marktplatzes der Ideen« führen werde, mit dem Blick auf die USA mittlerweile ziemlich illusorisch zu sein. Vielmehr dürfte das Gegenteil der Fall sein: Die Möglichkeiten der Selektion von Informationen hat durch die Ausdifferenzierung des Mediensystems erheblich zugenommen – und davon machen die Amerikaner zunehmend Gebrauch.⁶⁹ Die Spitze des Eisberges sind dabei nur die ca. 200 christlichen Fernsehsender und sage und schreibe 1500 christliche Radiostationen, vor allem der Aufstieg des sogenannten »Talkradio«, mit dem es etwa dem erzkonservativen Rush Limbaugh jede Woche gelingt, 20 Millionen US-Bürger für seine Hasstiraden über Homosexualität und das liberale Establishment zu gewinnen. Doch auch innerhalb der großen Medien sind die politischen Spaltungstendenzen unverkennbar. So wird der erst 1992 gegründete Nachrichtenkanal »Fox News« ganz überwiegend von Zuschauern genutzt, die Wähler der Republikanischen Partei sind; auf der anderen Seite des politischen Spektrums verhält es sich mit CNN ebenso.⁷⁰ Vermutlich ist der Aufstieg von »Fox News« zum mittlerweile meistgesehenen Nachrichtenkanal sogar ein noch sehr viel entscheidenderes Fanal für die Zukunft. Denn anders als die konservativen Radiostationen folgt der Sender Rupert Murdochs in erster Linie ökonomischen Vorgaben. Wenn es aber offenkundig Erfolg verspricht, eine eindeutig tendenziöse, wenn nicht gar offen parteiliche Berichterstattung zu betreiben, dann spricht vieles dafür, dass der Höhepunkt dieser Entwicklung noch gar nicht erreicht ist.⁷¹

Im Übrigen wird ebenfalls immer deutlicher, dass die ideologische Formierung und Mobilisierung des amerikanischen Konservatismus nicht ohne Gegenreaktion geblieben ist. Auch die Demokraten verfügen mittlerweile über medial sehr viel dichter vernetzte Unterstützernetzwerke, haben ihrerseits geschlossene und ideologisch homogene Kommunikationsräume geschaffen. Zum bevorzugten Kommuni-

69 Vgl. Diana C. Mutz, »How the Mass Media Divide Us«, in: Nivola and Brady, *Red and Blue Nation*, aaO. (FN 46), S. 223-262; vgl. über Prozesse der Informationsselektion auch John T. Jost, »The End of the End of Ideology«, in: *The American Psychologist*, October 2006.

70 Vgl. die Studien des Pew Research Center vom 8. Juni 2004, <http://people-press.org/Reports/print.php3?PageID=833>

71 Vgl. den Kommentar von Greg Easterbrook auf Diana Mutz, »How the Mass Media Divide US«, in: Nivola and Brady, *Red and Blue Nation*, aaO. (FN 46), S. 258ff.

kationsraum des liberalen Amerikas avanciert dabei vor allem das Internet. Denn die Abertausende von politischen Bloggern in den USA identifizieren sich in ihrer großen Mehrheit mit der Demokratischen Partei. Am spektakulärsten ist jedoch fraglos der Aufstieg des Unterstützernetzwerks *moveon.org*, in dem ca. dreieinhalb Millionen User registriert sind, die bereits maßgeblichen Einfluss auf den Vorwahlkampf der Demokraten genommen haben. Und die »netroots«, wie die Internetaktivisten der Demokraten genannt werden, neigen ideologisch zu markanten Positionen, wollen die Trennlinie zwischen den beiden Parteien vertiefen und den Standort der Demokratischen Partei nach links verschieben. Die noch unter Clinton erkennbaren Bemühungen, die Demokraten wählbarer auch für eine konservative Wählerklientel zu machen, halten sie für obsolet – denn die politische Mitte sei längst zu einer vernachlässigswerten Größe geschrumpft. Stattdessen sollten sich die Demokraten auf die Mobilisierung ihrer Kernwählerschaft konzentrieren und endlich ein konkurrenzfähiges Gegenmodell zur republikanischen »noise machine« aufzubauen, oder wie es einer ihrer wichtigsten Aktivisten ausdrückt: »You have to fight fire with fire«.72 Insofern spricht einiges dafür, dass sich bei den Demokraten damit jener Vorgang wiederholen könnte, der sich in der Republikanischen Partei in den 1960er und 1970er Jahren vollzog hatte: Auch in diesem Fall waren es ja vor allem die *true believer* der Interessengruppen gewesen, die den Standort der Partei nach rechts verschoben haben.

Die Schaffung zunehmend geschlossener medialer Kommunikationsräume, das mag also der eine Grund für die Polarisierung der amerikanischen Politik und Gesellschaft sein. Doch noch ein anderer Faktor, der gemeinhin als großer Modernitätsbeschleuniger und vermeintlicher Katalysator der Erosionstendenzen weltanschaulicher Abgrenzungen gilt, scheint in den USA derzeit ganz entgegengesetzte Wirkungen zu entfalten, wenngleich die Forschung hier noch in den Kinderschuhen steckt: geographische Mobilität. Statt zu einer Vermischung von Lebensstilen und damit zu einer Nivellierung der politischen Einstellungen zu führen, beobachten amerikanische Sozialwissenschaftler einen gegenteiligen Effekt: Nicht mehr nur Immigranten ziehen vermehrt in solche Gebiete, in denen sie in kultureller und politischer Hinsicht Gleichgesinnte vermuten.73

Die Segmentierungstendenzen der amerikanischen Gesellschaft – die sich in diesem Fall eben nicht mehr ausschließlich nur nach ethnischen Kriterien vollzieht – sind also unübersehbar, und man könnte sie an weiteren Beispielen durchdeklinieren, wofür hier kein Raum ist. Aber ein letzter Punkt sei genannt und zwar deswegen, weil es dabei um einen Bereich geht, auf dem gesellschaftliche Teilkulturen von jeher ihre Eigenständigkeit zu bewahren gesucht haben. Denn auf fast keinem Feld treibt vor allem der amerikanische Konservatismus seine kulturelle Autarkie so weit voran wie in der Bildungspolitik. Nicht nur toben auf diesem Gebiet die der-

72 Vgl. Ronald Brownstein, »The Internet and Democrats«, in: *National Journal*, 2.7.2005.

73 Vgl. Bill Bishop und Robert Cushing, »The Big Sort: Migration, Community and Politics in the United States of ›those people‹«, Working paper zur Tagung der Brookings Institution *The Future of Red, Blue and Purple America* am 28.2.2008 in Washington.

zeit erbitterten Schlachten im amerikanischen *Culture War*, deren fernes Beben – wie etwa in der Auseinandersetzungen zwischen Evolutionstheorie und *intelligent design* – noch im säkularen Europa zu verspüren sind. Langfristig viel gravierender als die Debatten innerhalb der öffentlichen Bildungssysteme ist die Tendenz, sich aus dem staatlichen Schulsystem lieber gleich vollends zu verabschieden. In den letzten zwei Jahrzehnten ist es vor allem der Erfolg der Homeschooling Bewegung, der hervorsteicht, und die vor allem eine Reaktion des konservativen Amerika auf die Entscheidung des Supreme Courts aus den 1970er Jahren war, das obligatorische Schulgebet abzuschaffen. Die Zäsur ist offenkundig: Seit den Klassikern der modernen Soziologie wie Emil Durkheim und Max Weber galt es als eines der klassischsten Kennzeichen von Modernisierung, dass der Staat die Bildungsaufsicht monopolisierte. In der aber in vielerlei Hinsicht modernsten Gesellschaft schlechthin, entscheiden sich mittlerweile die Eltern von zwei Millionen Kindern (4 % der schulpflichtigen Bevölkerung), ihre Zöglinge in Heimarbeit auszubilden, was in vielen Fällen geschieht, um sie vor dem »verderblichen« Einfluss liberaler Bildungsinhalte zu bewahren.⁷⁴

5. Konklusion

Von einem einheitlichen Entwicklungspfad westlicher Gesellschaften – und auf jene war diese Untersuchung explizit beschränkt – kann somit keine Rede sein. Denn während die Entwicklung in Westeuropa den Spekulationen über ein postideologisches Zeitalter durchaus Nahrung gibt, bewegen sich die USA derzeit in eine gänzlich andere Richtung. Ganz anders als auf der anderen Seite des Atlantiks haben sich hier nicht nur das politische Engagement und die Parteiidentifikation erhöht, ordnen sich überdies immer mehr Amerikaner stärker jenseits der politischen Mitte ein. Es ist vor allem das Beispiel des amerikanischen Konservativismus, der eine verallgemeinerbare Aussage über das Ende der Ideologien fraglich erscheinen lässt. Denn er trägt alle Kennzeichen der Ideologien der klassischen Moderne: Die Verbindung von Idee und Aktion, er besitzt eine aggressive, geschlossene Erzählung und schließlich verbinden sich mit ihm nicht nur politische Programme, sondern auch die Vorstellung spezifischer Lebensweisen – was seine Anhänger gerne als den einzig denkbaren *American Way of Life* monopolisieren.

Gewiss mag diese Differenz z.T. auch dem seit Toqueville immer wieder zitierten amerikanischen Exzeptionalismus geschuldet sein. Aber weitaus interessanter sind dann doch jene Faktoren, die die Ideologisierung und Polarisierung der amerikanischen Politik gerade in jüngster Zeit befördert haben, weil es sich bei ihnen um jene klassischen »Modernitätsbeschleuniger« handelt, die nach allgemeiner Einschätzung gerade zur Erosion der homogenen Weltanschauungen geführt haben: Die Expansion der Massenmedien und geographische Mobilität. Im Verbund mit der Privatisierung der Bildungspolitik lassen es gerade diese Entwicklungen der jüngeren Zeit fraglich erscheinen, dass die Polarisierung der amerikanischen Politik ein

74 Vgl. ebd. S. 189-194.

schnelles Ende finden könnte.⁷⁵ Daran wird auch der vermeintliche »post-polarization-candidate«⁷⁶ Barack Obama wenig ändern: Wo die inhaltlichen Unterschiede wirklich substantiell und die kulturellen Gräben tief sind, da hilft auch der moralische Appell an die Einheit des Landes wenig weiter. Und ob die Mobilisierungskraft der konservativen Bewegung wirklich nachhaltig gebrochen ist – wie gegenwärtig häufig postuliert wird – das dürfte erst die Zukunft zeigen.

Im Übrigen lässt sich zumindest nicht gänzlich ausschließen, dass einige der Faktoren, die in den USA wirksam wurden, auch in Europa wieder zu einer stärkeren Herausbildung von Ideologien und Weltanschauungsgemeinschaften führen könnten. Denn das ist wohl das Entscheidende: Die Fragmentierung der öffentlichen Sphäre und die fortschreitende Autonomisierung der eigenen Lebensführung kann, wie das Beispiel der USA zeigt, auch zu einem Prozess gleichsam freiwilliger Selbstsegmentierung führen: jene Medien zu konsumieren, die das eigene Weltbild verstärken, in jene Regionen zu ziehen, wo in kultureller und politischer Hinsicht Gleichgesinnte leben oder die eigenen Kinder auf Schulen zu schicken, wo sie den eigenen Wertmaßstäben gemäß erzogen werden. Die Weltanschauungsgemeinschaften europäischer Prägung, in die man quasi hineingeboren wurde und die sodann eine kulturelle und politische Heimat von der Wiege bis zur Barre boten, mögen zerbrochen sein. Doch in Umrissen werden dafür bereits neue Heimaten für die Herausbildung von kraftvollen und stabilen Ideologien erkennbar – seien sie auch virtueller Natur im World Wide Web.

Zusammenfassung

Prophезeizungen vom Hereinbrechen eines postideologischen Zeitalters sind historisch noch immer widerlegt worden. Wenn man den Begriff Ideologie jedoch – wie es in diesem Aufsatz geschieht – von seiner inflationären Vieldeutigkeit befreit und ihn aus seinen historischen Bedingungen herleitet, dann sind die Anzeichen eines Endes der Ideologien und der »großen Erzählungen« doch unübersehbar. Von den klassischen Ideologien des 18. und 19. Jahrhunderts und den von ihnen getragenen Massenintegrationsparteien ist in Westeuropa nicht viel geblieben. Umso deutlicher sticht die ideologische Polarisierung in den USA ins Auge. Woran aber liegt dies? Das Beispiel der USA zeigt vor allem, dass Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse nicht zwangsläufig zur Erosion stabiler Weltanschauungsgemeinschaften führen müssen. Ganz im Gegenteil scheint eine Renaissance der Ideologien auch für die europäischen Gesellschaften nicht unwahrscheinlich.

75 Vgl. Maik Bohne und Torben Lütjen, »Neue Sachlichkeit oder Polarisierung ohne Ende? Eine Analyse der amerikanischen Kongresswahlen«, in: *Universitas* 2/2007, S. 164-174.

76 Katherine Seelye, »The Oprah Party Wants You«, In: *New York Times* vom 7.12.2007.

Abstract

Historically, prophecies about the coming of a post-ideological age have always been proved to be wrong. However, if the expression »ideology« is relieved from its inflationary ambiguity and derived from its specific historical context, the indications of an »end of ideology« and the end of »grand narratives« are almost undeniable. Not much remained from the classical ideologies of the 18th and 19th century and this is equally true for the once powerful mass integration parties that served as their agents and propagators. Against the backdrop of ideological decline in most western societies, however, ideological polarization in the U.S. is particularly striking. But what is the reason for this? The example of the U.S. shows that processes of modernization and individualization do not necessarily lead to the erosion of ideological movements. On the contrary, a revival of ideologies in European societies is not to be ruled out.

Torben Lütjen, The End of Ideology and American Exceptionalism

1.500 deutsche Bürgermeister – die Analyse



Einstellungen deutscher Bürgermeister
Lokale Eliten zwischen Institutionen und Kontext
Von Björn Egner
2007, 261 S., brosch., 49,- €, ISBN 978-3-8329-3155-1

Die Studie untersucht erstmals, ob Einstellungen lokaler politischer Eliten durch institutionelle Strukturen und Besonderheiten von Gemeinden beeinflusst werden. Zugleich liefert die Untersuchung einen wertvollen Überblick über soziale Zusammensetzung und politische Orientierung von über 1.500 deutschen Bürgermeistern sowie ihre Sichtweisen auf Fragen lokaler Politik.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder
bei Nomos | Telefon 07221/2104-37 | Fax -43 |
www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de



Nomos